

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen monatlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 2,50 Mk., die Reklamezeile 7 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Bei Abwesenheit des Abnehmers wird die Zeitung infolge Minderer Gewalt oder Betriebsunterbrechung nicht zugestellt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt unanwendbar.

Nr. 159

Altensteig, Dienstag den 11. Juli.

Jahrgang 1922.

## Gleichheit vor dem Gesetze.

Von Amtsgerichtspräsident Riß-München.

Unter den Grundrechten der Deutschen nennt die Reichsverfassung die Gleichheit vor dem Gesetz an erster Stelle. Das ist eine nachdrückliche Mahnung für jene, welche die Gesetze anwenden, aber auch für jene, welche an ihrer Abfassung mitarbeiten. Der Richter, der bei gleicher Rechtslage verschieden urteilt, je nachdem die eine oder die andere Person vor ihm steht, verfehlt sich auf schwerste gegen seine Richterplicht. Der Gesetzgeber, der bestimmt, daß seine Vorschriften verschieden ausulegen sind, je nachdem sie gegen diese oder jene Person zur Geltung gebracht werden sollen, verkennt seine Aufgabe und die Grenzen seiner Macht. Das Gesetz soll Ruhe und Ordnung im Staate schaffen; es soll eine gleichmäßige Handhabung der staatlichen Verwaltung sicherstellen. Es bewirkt das Gegenteil, wenn es verschiedene Volksteile verschieden behandelt, ohne daß dafür klare und zwingende Gründe vorliegen. Die Gegenwehr der Benachteiligten, die unvermeidlich einsetzt und auch mit den schärfsten Mitteln auf die Dauer nicht unterdrückt werden kann, erzeugt einen fortwährenden Kampfszustand, der alle Gebiete der staatlichen Arbeit störend beeinflusst. Infolge des Mangels fester, unerschütterlicher Richtlinien greift allenthalben Verwirrung und Unsicherheit im Vollzug des Gesetzes hin. Ein solches Gesetz wird niemals Recht; es schlägt keine Wurzeln im Rechtsbewußtsein des Volkes. Wir haben es erlebt in der Kulturkampfgesetzgebung und beim Sozialistengesetz. Alle Machtmittel, die der Staat einsetzte — und sie standen ihm damals in nahezu schrankenlosem Umfang zu Gebote! — reichten nicht hin, um die inneren Widerstände, die sich diesen Gesetzen entgegenstellten, auf die Dauer zu überwinden. Sie schöpften ihre Kraft aus der immer klarer hervortretenden und immer weiter durchdringenden Überzeugung, daß es verfehlt und unerträglich ist, wenn der Gesetzgeber ein Sonderrecht aufstellt, wo allgemeine Vorschriften zur Erreichung der als richtig anzuerkennenden Ziele ausreichen.

Man sollte aus solchen Erfahrungen lernen. Man sollte sie auch dann nicht aus dem Auge verlieren, wenn außergewöhnliche Ereignisse nach außergewöhnlichem Einschreiten verlangen. Mangel an Ruhe und Überlegung rächt sich nirgends so schwer wie bei dem Erlaß von Gesetzen; denn sie sind ihrem Wesen nach bestimmt, über die Zeit, der sie entstammen, hinaus zu wirken. In einer Verordnung, die nur vorübergehende Geltung beansprucht, kann man Fehltritte hinnehmen, weil man sich sagt, daß ihre Dauer begrenzt ist. In einem Gesetz müssen sie vermieden werden; und jeder, der die Gefahr solcher Fehltritte erkennt, ist verpflichtet, seine warnende Stimme zu erheben.

Darüber, daß die Ereignisse der letzten Zeit zu scharfen Maßnahmen zum Schutze der durch die Verfassung geschaffenen Staatsform zwingen, kann für niemand, der auf Ordnung im Staate hält, ein Zweifel sein. Ob die Vorschriften, wie sie der Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik enthält, nicht über das rechte Maß hinausgehen, mag hier außer Untersuchung bleiben. Nur darauf möchte ich auf Grund langer richterlicher Erfahrung hinweisen: je mehr ein Gesetz den Richter zu Strafen zwingen will, die in keinem Verhältnis zur Schwere der Tat stehen, desto sicherer verfehlt er seinen Zweck. Die Gerichte sind allerdings verpflichtet, nach den Gesetzen zu urteilen, auch wenn sie diese nicht für gut halten; aber wo der Zwiespalt so klaffend hervortritt, daß ein dem Gesetz entsprechendes Urteil die Richter in schwere Gewissensnot bringt, da greifen sie eben doch gerne zu dem Auswege der völligen Freisprechung, der ihnen der Grundsatz, daß im Zweifel zugunsten des Angeklagten zu entscheiden ist, offen läßt. So erlebt man es häufig bei Anlagen wegen Mordes, wo im Falle der Verurteilung nur Todesstrafe zulässig ist, daß die Verteidiger es ablehnen, die Stellung einer Hilfsfrage auf Todesstrafe, bei deren Bejahung Zuchthausstrafe möglich wäre, zu beantragen; sie wissen, daß bei einigermaßen zweifelhafter Sachlage die von ihnen eingehaltene Taktik sehr leicht zur völligen Freisprechung des Angeklagten führt, dem Entwurf aufdrängen, soll hier nicht eingegangen sein, obwohl es einem Richter schwer fällt, die auffallend notwendigen, in die er sich zu den wichtigsten, bei allen Kulturvölkern anerkannten Grundgesetzen des Straf-

rechts steht, nicht hervorzuheben. Es mag von anderer Seite geschehen. Aber zu dem Versprechen, das der Reichsjustizminister bei der Ankündigung des Entwurfs abgab, und das dahin ging, daß das Gesetz gegen Verurteilungen, die von den links stehenden Gegnern der Verfassung kämen, nicht angewendet werden sollte, muß Stellung genommen werden. Das Wort klingt gerade aus dem Munde eines Justizministers, dem doch der gerechte Vollzug der Gesetze besonders anvertraut ist, so ungeheuerlich, daß man einen Irrtum der Berichterstattung annehmen möchte; es ist aber gleichmäßig in Blättern verschiedener Richtung wiedergegeben worden. Wenn es wirklich gefallen ist, stellt es wohl die schlimmste Entgehung dar, die einem Justizminister jemals zugehört ist. Soll wirklich, wenn beispielsweise der frühere Reichswehrminister Koste in einer Versammlung von Monarchisten als Verräter, in einer Versammlung von Kommunisten als Mörder beschimpft wird, nur der erste Redner zur Strafe gezogen werden, der zweite aber nicht? Ein solches Vergehen schlägt jedem Gerechtigkeitsgefühl ins Gesicht. Es wäre für jeden Staatsanwalt eine schwere Pflichtverletzung, wollte er gegenüber der Vorschrift, daß jede vom Gesetz mit Strafe bedrohte Handlung zu verfolgen ist, einen solchen Unterschied machen; nicht minder für jeden Richter, wollte er in seinem Urteil diesen Weg einschlagen. Aber auch für den Gesetzgeber wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wollte er einen solchen Unterschied im Gesetz festlegen. Soll die Republik geschützt werden — daß darunter nur die durch die Verfassung festgelegte Staatsform verstanden werden kann, soll ja nun im Gesetz ausdrücklich gesagt werden, obgleich es sich von selbst versteht — so muß in die Strafdrohungen jeden, der sich dagegen verfehlt, gleichmäßig treffen, welcher Partei er auch angehört. Ein Gesetz, das anders verfährt, tranke an einem inneren Widerspruch und müßte an ihm zugrunde gehen.

Die Gleichheit vor dem Gesetz ist nur dann verbürgt, wenn das Gesetz von Gerichten zur Anwendung gebracht wird, die es kennen und die entschlossen und gelibt sind, die einzelnen Fälle nicht nach wechselndem Gefühl, sondern unter Beachtung der gegebenen Vorschriften zu entscheiden. Darum steht mit diesem Grundsatz in engem Zusammenhang der andere, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, und daß Ausnahmegerichte unstatthaft sind. Ueber die Vorschrift will sich das Gesetz zum Schutze der Republik hinwegsetzen; es soll ein besonderer Staatsgerichtshof zur Aburteilung der Verurteilungen gegen seine wichtigsten Vorschriften gebildet werden. Das mag zulässig sein, gut ist es keinesfalls. Es wird behauptet, daß die ordentlichen Gerichte nicht hinlänglich verlässig seien. Das ist ein übles Wort. Es ruft Erinnerungen wach an eine ähnlich lautende Ausrufung Bismarcks, die in der Zeit des Sozialistengesetzes fiel, und die ihm damals, obwohl es sich nur um eine Aufwallung des Unmuts handelte, mit Recht schwer verdacht wurde: „Politik und Rechtspflege dürfen nicht vermengt werden; eine Rechtspflege, die sich durch politische Erwägungen bestimmen läßt, verdient ihren Namen nicht. Zu einer solchen kommen wir aber, wenn für die Auswahl der Richter ihre Zugehörigkeit zu politischen Parteirichtungen entscheidet. Das für die Befugung des Staatsgerichtshofes gesetzte Gesichtspunkte maßgebend sein sollten, wurde bei der Einbringung des Gesetzentwurfes offen zugegeben. Das ist der Anfang vom Ende einer geordneten Rechtspflege.“

In der Zeit, da Eisner in Bayern an der Spitze des Ministeriums stand, wurde im provisorischen Nationalrat über die Bildung eines Nationalgerichtshofes verhandelt, der, wie nun der Staatsgerichtshof, mit politischen Richtern besetzt werden sollte. Ich warnte damals vor einem solchen Vorhaben und bat zu bedenken, welche Empörung es hervorgerufen hätte, wenn im Januar 1918 die Verurteilung eines Generalfreies einzuleiten, einem nur mit Offizieren besetzten Ausnahmegericht zur Aburteilung überwiehen worden wären. Auch darauf wies ich hin, daß andere Zeiten kommen könnten, und daß dann die Politisierung der Rechtspflege sich an den Parteien, die sie eingeleitet hätten, böse rächen würde. Ich predigte tauben Ohren. Das Gesetz wurde angenommen; in Tätigkeit trat der Nationalgerichtshof allerdings nicht. Auch jetzt hat es den Anschein, als könnten sich die Stimmen, die zur Ruhe und Besonnenheit mahnen, kein Gehör verschaffen und solle dem Gesetz der Stempel politischer Leidenschaft aufgedrückt werden.

Es gereicht der deutschen Gesetzgebung nicht zum Ruhm, wenn es so läme. Das sollten jene bedenken, die berufen sind, dem Gesetz seine Gestalt zu geben. (R. R. R.)

## Graf Lerchenfeld über die Haltung Bayerns.

München, 10. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hatte mit dem Münchener Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung über die politischen Ereignisse der letzten Tage. Graf Lerchenfeld betonte, wogegen sich Bayern aufs schärfste wenden müsse, sei das von der Reichsregierung beliebte Verfahren, ohne jede Fühlung mit den Ländern von einer Stunde auf die andere Bestimmungen zu treffen, die tief in die verfassungsmäßigen Rechte eingreifen. Die letzten Ereignisse im ganzen Reich hätten gezeigt, daß verschiedene Kräfte am Werke sind, die Wiederkehr von Mord und Gewalttaten zu verhindern. Dagegen machten sich unitarische Strömungen im Reichstabinett geltend, die unter dem Vorwand einer notwendigen, zentralen und starken Leitung alles in der Hand der Reichsregierung bringen wollen. Damit zusammen hängt der Plan einer Kriminalpolizei, der den Ländern einen wichtigen Teil der Polizeiherrschaft nehmen würde. Schon aus diesem Grunde sind die Vorschläge für Bayern undiskutabel. Bayern sieht hierin einen Vorstoß der Linksparteien zur Ausschaltung der Polizeimacht. Das Ziel der bayerischen Regierung sei klar: Negativ besetze es in der Verhinderung jeder Gewalttat gegen die Verfassung, sowie jeder verleumderrischen Dege in der Öffentlichkeit, positiv aber gehe die bayerische Regierung weiter. Sie will die Achtung vor der Staatsautorität und die Sammlung aller im besten Sinne demokratischen Elemente des Volkes. Deshalb ist sie gegen jeden Zwang und jede unangebrachte Beschränkung der persönlichen Meinung und Bestimmung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln. Der Fall Leopoldine habe bewiesen, daß Kräfte am Werk sind, um das Deutsche Reich zu zerschlagen. Aber auch die Meinung, daß Bayern der Hort der Reaktion sei und daß hier der bewaffnete Revanchekrieg vorbereitet werde, dürfe sich nicht im Auslande festsetzen. Sei doch die bayerische Regierung stets bestrebt gewesen, auf moralischer Grundlage fußend, eine Besserung der außenpolitischen Lage und eine vernünftige Revision unerfüllbarer Verträge herbeizuführen.

Auf die Frage: Glauben Sie noch an einen Ausgleich dieser Frage zwischen Bayern und dem Reich?, erwiderte der Ministerpräsident: „Bayern wird mit allen verfassungsmäßigen Mitteln versuchen, daß die jetzt zur Beratung stehenden Vorschriften eines vom Standpunkt der völligen Staatlichkeit, der in der Weimarer Konstitution garantierten Rechte und der politischen Moral befriedigende Fassung erhalte, und wird dabei, getragen von der lokalen Bundesgenossenschaft und von den bewährten Grundgesetzen des großen Bismarck die die festeste Grundlage des Deutschen Reiches sind, vorgehen. Ich bedauere, daß ich bei den bisherigen Verhandlungen mit der Reichsregierung in dieser Angelegenheit herben Erfahrungen ausgesetzt gewesen bin, die für ein Vertrauensverhältnis eine durchaus ungünstige Wirkung geschaffen haben. Möge es aber jetzt noch gelingen, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Das bayerische Volk müßte am Reiche beweisen, wenn sich ein Richter finden würde, der ihm solche Gesetze aufzuzwingen würde, Gesetze, die innerlich nicht verstanden, verdienen diesen Namen nicht. Möchte man sich in Berlin hüten, das bayerische Volk in eine Stimmung der Verzweiflung hineinzutreiben. Das sage ich in aufrichtiger Sorge um das Reich.“

## Neues vom Tage.

Der Reichskanzler an Frankreich.

Paris, 10. Juli. Havas meldet: Der Sonderberichterstatter des „Excelsior“ in Berlin fragte den Reichskanzler Wirth, was er der französischen öffentlichen Meinung in den schwierigen Verhältnissen mitzuteilen wünsche, in denen sich die Deutsche Republik gegenwärtig befinde. Der Kanzler gab folgende Antwort:

„Alle Welt muß die gegenwärtige Regierung mit allen Mitteln unterstützen, damit das deutsche Volk das Gefühl hat, daß es endlich dem Unglück entgeht. Die Staaten Deutschlands betrachten die Befugung der Minderheiten als eine große Ungerechtigkeit. Wir können nicht verstehen, daß man uns diese Befugung weiter erdulden läßt, da wir doch immer mit allen Mitteln versucht haben, den Vertrag von Versailles zu erfüllen. Wir können daher auch unseren Gegnern keine befriedigende Antwort erteilen, wenn sie uns fragen, was wir für Deutschland actan haben. Unter diesen



umständen steht der Dollar auf 320 Mark. Die Stunde der Gefahr ist gekommen.  
Reichskanzler Wirth wies sodann darauf hin, daß er bereit ist und immer bereit sein wird, sich mit Frankreich zu verständigen. Er ist der Ansicht, daß Deutsche und Franzosen zusammenkommen müssen, um wirtschaftlich und unter den gegenwärtigen nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich gefährlichen finanziellen Verhältnissen über die Entschädigungen zu verhandeln, wobei sie jede politische Frage aus dem Spiel lassen müssen. Zum Schluß lenkte der Kanzler die Aufmerksamkeit auf die ernste Lage Deutschlands, wenn infolge Mangels an Unterstützung die demokratische Regierung umgestoßen würde. Das wäre das Fehlen für die soziale Revolution und den Bürgerkrieg in Deutschland mit allen ihren Folgen.

**Neberabe der Regierungsgewalt in Oberschlesien.**  
Lypeln, 10. Juli. Gestern vormittag 9.15 Uhr wurde die Regierungsgewalt dem deutschen Gesandten Dr. Eckert übergeben. Die französischen, englischen und italienischen Kommissare nahmen daran teil. Um 9.25 Uhr erfolgte der Flaggenwechsel. Die fremden Kommissare reisten darauf ab. Ein Zwischenfall ereignete sich nicht.

**Das Schicksal der 3 Weichselufer.**  
Warschau, 10. Juli. Die Grenzkommission Polen erhielt gestern ein Schreiben des Vorsitzenden der Interalliierten Kommission mit der Bitte um unverzüglich durch polnische Techniker im Einvernehmen mit den Deutschen die Absehung der Grenze längs der Weichsel auf der Linie westlich Gornice bis zur Danziger Grenze zu veranlassen. Die Weisung erfolgte auf Grund der Entscheidung des Vorkonferenzrats. Innerhalb dieser Grenze befinden sich die Weichselufer.

**Beurlaubung in London.**  
London, 10. Juli. Die englische Regierung hat sich eingehend mit der katastrophalen Verschlechterung des deutschen Marktkurses beschäftigt und Maßnahmen ergriffen, die notwendig zu sein scheinen, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern. Es verlautet, daß der britische Vorkonferenzrat in Berlin, Lord D'Alton, nach London berichtet habe, daß lediglich eine große Anleihe oder ein längerer Zahlungsaufschub geeignet sei, den Marktskurs aufzuhalten. Die „Central News“ berichtet aus Washington, daß die amerikanische Regierung beim britischen Vorkonferenzrat angefragt habe, ob man englische Mittel zur Verhütung des finanziellen Zusammenbruchs vorschlagen wolle. Auch in der englischen Presse spiegelt sich die große Beunruhigung der leitenden englischen Kreise wieder. Verschiedentlich wird gesagt, daß der reichende Markturs die Folge einer höchst gefährlichen moralischen Ermattung in Deutschland sei. Die „Morning Post“ meint, daß nach Ansicht der City von London die Wiederherstellungskommission ein entschiedenes Eingreifen für eine Befestigung unterstützen werde.

**Entscheidung im Haag?**  
Paris, 10. Juli. Der heutige Tag wird für die Haager Konferenz nach den französischen Zeitungen eine Entscheidung bringen. Ein Bericht des Sonderberichterstatters der Agentur Havas kündigt an, daß die französische Delegation vorläufig im Laufe der heutigen Sitzung erklären werde, die französische Regierung erachte die Teilnahme ihrer Vertreter an der Konferenz nicht für möglich, wenn die Sowjets ihre Haltung nicht ganz gründlich ändern werden. Die Sowjet-Abordnung hätte in allen ihren Forderungen und Ausführungen einen Standpunkt vertreten der sich mit den in den französischen Memoranden vom 1. bis 12. Juli festgelegten Prinzipien nicht vereinbaren lasse. Das Schicksal der Konferenz hängt von dem, was Herr Bismarck gestern an die Delegation im Haag dementsprechende Instruktionen gegeben habe.

**Lehrstück.**  
Wo rohe Kräfte sinnlos walten,  
Da kann sich kein Gebild gestalten.  
Wenn sich die Völker selbst hüten,  
Da kann die Volkshoheit nicht gedeihen.

Schiller.

## Die Wirtin z. goldenen Lamm

Kriminalroman von Otto Höller.

(63)

(Kochbuch - verboten.)

Die Wirtin schlich die Stufen wieder hinunter. Mit müden Schritten umwankte sie das Haus bis an die Toreinfahrt heran, die war geschlossen. Aber nun glaubte sie durch die vorgelegten Läden eines Seitenfensters im Oberstock einen schwachen Lichtschein zu spüren. Sie schaute schärfer zu und war sicher, daß sie sich nicht täuschte. Im Zimmer brannte eine Lampe, in ihm weckte also wohl die junge Frau. Ob sie schlief oder auch schlaflos auf ihrem Lager sich wälzte? Wohl das letztere, über ihrem Haupte schwebte auch der dunkle Engel der Heimsuchung mit nächstem Hittig.

Da hielt es die Harrende nicht länger, sie konnte die Ungewißheit nimmermehr ertragen. Zuerst schwach und verzagt, dann aber, als ihr keine Antwort wurde, lauter und immer lauter rief sie der Tochter Namen. Zuletzt schrie sie in Verzweiflung hinaus und erschauernd brach sie ab, so ungewohnt hatte der Name ihrem Ohr gelungen. Mit neuem Frostgefühl durchbedte sie der Gedanke, um wie viel ungewohnter noch die Tochter der Ruf anrufen mußte, sie hatte ihn ja nie von Mutterlippen nennen hören, den eigenen Namen, sie war ja noch ein Säugling gewesen, als sie von der Mutter verflohen worden war.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 11. Juli 1922.

**Von der Schuhmacherinnung Nagold und dem „Ago“-Verfahren.** Am Sonntag Nachmittag fand im Gasthof z. Waldhorn hier eine sehr gut besuchte Versammlung der freien Schuhmacher Innung des Bezirks Nagold statt, welche von Obermeister Dürschabel hier begrüßt und geleitet wurde. Nachdem noch Schuhmachermeister Schulz-Calu seinen Kollegen einen poetischen Gruß gewidmet hatte, hielt der Vorstand des Bezirks „Ago“-Bundes, E. Leonhard Karlsruher, einen Vortrag über das „Ago“-Verfahren. Nahezu gleich zu sagen, das „Ago“-Verfahren nützt und nagelt nicht, sondern stellt auf chemischem Wege eine Verbindung der Sohle mit dem Oberleder und der sonstigen Bestandteile der Schuhe her, es wird der Schuh eigentlich gekittet und zwar so, daß er, nach den Ausführungen des Redners, nicht weniger Haltbarkeit als genähte oder genagelte Schuhe und dazu den Vorzug unbedingter Dichtigkeit gegen Wasser hat. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten die Schuhmacher die gewandten Ausführungen des württembergischen Vertreters des „Ago“-Verfahrens, das offenbar eine Zukunft hat und geeignet sein dürfte, geradezu umwälzend im Schuhmacher-Gewerbe zu wirken. An Hand von angelegenen, halb fertigen, fertigen und getragenen Schuhen und Sohlen zeigte der Vortragende das Verfahren und seine Vorteile, die, wenn sich das neue Verfahren bewährt, für die Schuhmacher und ihre Kunden offenbar keine geringen sind und sich auch besonders auf die Reparaturen erstrecken. Wurden die Kollegen auch nicht im Sturm für das neue Verfahren gewonnen, denn es ist eben etwas ganz Neues und das Verfahren von der gewohnten Arbeitsweise grundverschieden, so haben doch die Ausführungen des Vortragenden bei den meisten Zuhörern einen tiefen Eindruck hinterlassen und es ist nicht zu zweifeln, daß die jüngere Generation sich das neue Verfahren bald zunutze machen wird. Hier hat Schuhmachermeister Dürschabel bereits den Anfang gemacht. Im Anschluß an den Vortrag und die praktischen Vorführungen kamen noch die Preisdiplome an junge Meister zur Verteilung.

**Allgem. Orts- (Bezirks-)Krankenkasse Nagold.** Am letzten Samstagvormittag fand im Rathausaal in Nagold eine Aufsichtung statt, zu der die Kassamitglieder fast vollständig erschienen waren, handelte es sich doch um Stellungnahme zu wichtigen Fragen der Kasse. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden, Fabrikant Schnepf-Nagold wurde zunächst das Rechnungsergebnis von 1921 vorgetragen. Darüber sei kurz gesagt: Die Einnahmen aus Krankenkassenversicherung mit rund 1.800.000 M. wurden durch die laufenden Ausgaben so in Anspruch genommen, daß nur ein Betrag von etwa 130.000 M. der Rücklage zugerechnet werden konnte. Die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage (Doll) betrug auf 31. 12. 21 rund 380.000 M., diesem Betrag steht ein Hat von 320.000 M. gegenüber. Der Gesamtumsatz einschl. Inval. Versorgung betrug sich auf rund 5.200.000 M. Die Familienhilfe z. Fortsetzung eines Aufwands von 140.000 M., das entspricht einem Beitragsfuß von 0,75 Proz., während 6,5 Proz. des Grundlohns erhoben wurden. Damit sind die Behauptungen, die Familienhilfe verfallt zu viel Geld, widerlegt. Die Ärzte, Zahnärzte und Dentisten sind nunmehr von den Krankenkassen so gut honoriert, daß die Kassamitglieder und deren Familienangehörigen eine gründliche und gewissenhafte Behandlung erwarten können. Zu der Frage der Erhöhung der Grundlohne führte der Kassaverwalter aus, daß durch ein Reichsgesetz die Erhöhung auf 120 M. täglich ermöglicht sei, es sei dringend notwendig, möglichst rasch eine Grundlohnerhöhung durchzuführen, einerseits zur Vermeidung der Kasseneinnahmen, andererseits, um dem arbeitsfähigen Versicherten höhere Vorleistungen

gewähren zu können. Um eine Herabsetzung des Beitragsfußes (7,5 %) kann es sich nicht handeln, weil die Ergebnisse der letzten Grundlohnerhöhung deutlich gezeigt haben, daß die der Kasse durch Grundlohnerhöhung zugeflossenen Mehreinnahmen teils durch die gesteigerten Barleistungen, teils durch die dauernde Erhöhung aller übrigen Ausgaben vollständig aufgebraucht werden, und weil mit einer weiteren Steigerung aller Ausgaben zu rechnen ist. Der Ausschuss ist von der Notwendigkeit einer Grundlohnerhöhung auf 120 M. überzeugt und nimmt die vom Vorstand vorgeschlagene Regelung mit Wirkung vom 3. Juli 1922 an. (Die Veröffentlichung der neuen Satzungsteilung i. w. erfolgt in den nächsten Tagen.) Von Arbeitsnehmerseite wurde mit Recht bemängelt, daß das Gesetz keine weitere Erhöhung zuläßt, denn Tagesverdienste von 120 M. seien bereits überholt. Wegen des gesunkenen Marktwerts müßten verschiedene Satzungsänderungen vorgenommen werden. Angenommen wurde eine Erhöhung des Beitrags zu den Kosten für kleinere und größere Heilmittel etc. (§§ 27 u. 32 der Satzung) auf 400 M., ferner eine Erhöhung der Vergütungen der Vorstands- und Ausschussmitglieder um 100 Proz. und eine solche der Besoldung des Vorstandsvorsitzenden um 150 Proz. (§ 79 der Satzung.) Eine längere Debatte veranlaßte die Änderung der Familienhilfebestimmungen. Es hat sich gezeigt, daß der bisherige Beitrag zu den Krankenhausaufwandskosten eines Familienangehörigen, insbesondere bei Operationen, im Verhältnis zu den Gesamtkosten gering ist. Andererseits scheint nach Aussage von Ärzten die Familienhilfe in Beziehung auf Art und Apotheke da und dort unbillig in Anspruch genommen zu werden. Der Vorstand hat daher beantragt, in Zukunft die Krankenhausaufwandskosten einschl. ärztlicher Behandlung und der gesamten Nebenkosten für Familienangehörige auf die Kasse zu übernehmen, dagegen die Apothekenkosten in allen Fällen (bei ambulantem u. Krankenhausbehandlung) nur noch zur Hälfte zu bezahlen, doch sollen die Kosten für Verbandsmaterialien durchwegs ganz von der Kasse getragen werden. Ein Teil der Ausschussmitglieder war mit dem Antrag des Vorstands einverstanden, während andere für die Übernahme der ganzen Apotheken- und Krankenhauskosten eintraten. Mit Stimmenmehrheit wurde der Antrag des Vorstands zum Beschluß erhoben. Ferner wurde für Familienangehörige der Beitrag zu kleineren und größeren Heilmitteln auf 200 M. festgesetzt, bei Zahnerfolg wird die Hälfte bzw. im Falle der Beilegung der Zahnärztlichen Versicherung ein Drittel bis zu 200 M. auf die Kasse übernommen. Die übrigen Satzungsbestimmungen über Familienhilfe bleiben unverändert. Bezüglich der Krankenhausaufwandskosten für Familienangehörige ist noch zu bemerken, daß im Allgemeinen nur das Bezirkskrankenhaus Nagold, das Krankenhaus Altensteig und die Rabinger Unversichertentheil in Betracht kommen. Abgesehen von Notfällen ist die Kostenübernahme jeweils von der vorherigen Genehmigung der Krankenkasse, welcher auch die Wahl des Krankenhauses ausdrücklich vorbehalten bleibt, abhängig. Im Falle einer dergleichen Aufnahme in einem anderen als den vorbezeichneten Krankenhäusern oder Kliniken werden die Kosten nur insoweit übernommen, als sie im Bezirk anstaltshaus Nagold entstehen würden. Krankenhauspflege wird jedoch nur in dringenden Fällen, aber welche event. der Vertrauensarzt der Kasse entscheidet, gewährt. Die neuen Familienhilfebestimmungen treten erst nach Genehmigung durch das Oberverwaltungsamt in Kraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird seiner Zeit bekannt gegeben werden. Anschließend daran erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Vorstandes über die Dienst- und Besoldungsordnung der Kasseneinbeamten. Die Dienst- u. Besoldungsverhältnisse der Krankenkassenbeamten werden von dem Würt. Krankenkassenverband

Im Zimmer oben regte es sich. Die Wirtin konnte ganz deutlich hinter den verdeckten Blenden des Fensterlades die Umrisse einer Gestalt erkennen, die lauschend stand.

Die Wirtin nahm allen Mut zusammen und rief wiederholt der Tochter Namen. Oben trat die Gestalt zurück. Diese Hoffnungslosigkeit erfüllte das Herz der Harrenden. Sie kam sich wie gerichtet vor.

Dann kam leises Geräusch von einem Fenster im Unterstock her. Noch verstrichen Sekunden, dann wurde der Laden aufgeschoben und die dunklen Umrisse eines Kopfes hoben sich von der zitternden Frühdämmerung, die nun mit den Nachschatten kämpfte.

„Hat mich jemand gerufen? Wer ist es?“ klang es zögernd.

„Nennen, ich bin es, deine Mutter, willst du mir öffnen?“ Die Sprechende entsetzte sich vor dem eigenen Stimmenklang, so hölzern und fremd mutete dieser sie an. Keine Antwort kam, die Gestalt am Fenster hatte nicht verstanden oder wollte nicht hören. Doch nach endlosen Sekunden zitterte es zurück: „Wer ist da — wer?“

„Deine Mutter, Kind. Ich bin durch die Nacht gewandert, dich zu sehen, weil mir's nicht Ruh' und Frieden mehr gelassen hat. Darf ich zu dir kommen?“

Ein leiser, weher Schrei wurde laut. Der Kopf verschwand vom Fenster, aber dieses blieb offen. Wieder wurde es so still, daß die Wirtin des eigenen Herzens schiefer Schlag vernehmen konnte. Dann hörte sie einen Schlüssel sich im Schloße wenden, behutsam wurde eine Tür geöffnet, aber den Hof her kamen leise Schritte. Nun fiel der Innenriegel am Torbogen, und in den Angeln knarrend tat dieser sich auf. Mutter und Tochter standen einander gegenüber. Noch war es so dunkel, daß sie sich kaum sehen konnten, sie mußten ihre Gegenwart mehr erraten, als daß sie sich erkennen konnten.

Eine Minute verstrich, sie standen beide regungslos und keine von ihnen sprach ein Wort. Dann aber kam die Wirtin ein wilder Jammer, im Dunkel haschte sie nach ihrer Tochter Hand; sie fühlte sich kalt, wie leblos an, aber sie zitterte heftig in ihrer Rechten.

„Nennen, du sollst dich nicht fürchten vor mir, kam es tonlos von den zuckenden Lippen der Frau. „Ich bin durch die Nacht gegangen — nicht nur jetzt, nein, all die langen Jahre über, wie tot war ich, und in mir lebte ein schimmerndes Licht — aber nun hat mich die Sehnsucht getrieben, sie ist mach' in mir geworden und läßt mich nimmer los... warum zitterst du so? Ich bin nicht so böse wie du meinst — oder ich bin es nicht mehr. Sage mir nur ein Wort... ich bin am Ende meiner Kraft, es ist so viel gesehen und hat mich mir gemacht — und in mir lebt nur noch ein Drang, wieder gut zu machen, wenn's noch möglich ist.“

Ihre Tochter stand noch immer wie versteinert und konnte nicht sprechen. Aber plötzlich kam wieder Leben in sie. Mit sanfter Gewalt fühlte die Wirtin sich durch den Torbogen gezogen, sie hörte den Riegel klirrend zurückfallen und dann ging sie an der Hand ihres Kindes ins Haus.

Kein Wort wurde gesprochen. Nur ihre Schritte, so behutsam sie auch auftraten, schienen durch den Hausgang zu dröhnen. Dann fühlte sie sich losgelassen, dicht neben ihr flammte ein Bündel Holz auf, es sprühte und erlosch unter der zitternden Hand, ein zweites erhellte gepenstig den Raum, in dem sie standen. Nun sah die Wirtin ihre Tochter, wie diese sich mühte, eine Lampe anzuzünden, aber erst nach wiederholten Versuchen damit zustande kommen konnte.

Fortsetzung folgt.



und der Beamtenvereinigung zentral geregelt und fügen sich an die staatliche Befehlshandlung. Nach Beantwortung von Anfragen aus der Mitte des Ausschusses und nachdem der Vorsitzende dem Vorstand und den Beamten für ihre Mithilfe dankend hatte, wurden die verschiedenen Verhandlungen geschlossen.

**Nagold, 10. Juli.** (Kupferordenliche Generalversammlung des Konsumvereins Nagold.) Zu einer für den Verein sehr bedeutungsvollen außerordentlichen Generalversammlung hatte der Konsumverein Nagold seine Mitglieder am Sonntag in den Saal der Traube in Nagold eingeladen. Auch die Vertreter der an Nagold angeschlossenen Vereine in Göttingen und Altensteig waren zu der Versammlung erschienen. Der Vorsitzende, Gemeindevater H. J. J., begrüßte die Versammelten und lenkte die Aufmerksamkeit sofort auf die Frage der Anstellung eines Geschäftsführers im Hauptamt.

Der bisherige nebenamtliche Geschäftsführer H. J. J. legte in längerer Ausführungen die Gründe dar, die es wünschenswert, ja notwendig machen, einen hauptamtlichen Geschäftsführer zu bestellen. In der lebhaften Aussprache der Geschäftsleiter verschloß man sich dieser Notwendigkeit nicht und stimmte dem Vorschlag der Anstellung eines solchen Geschäftsführers einstimmig zu. Die folgende Wahl ergab eine bedeutende Mehrheit für Herrn Erdmann, der sich zur Übernahme des Postens bereit erklärte und versprach seine ganze Kraft und Zeit künftig den Bestrebungen und Geschäften des Konsumvereins widmen zu wollen. Eingehende Besprechung seitens der Versammelten fand auch der zweite Punkt der Tagesordnung, die Erhöhung der Stammanteile.

Wann der Verein bei Beschaffung von Waren den Anforderungen seiner Mitglieder auch künftig hin gerecht werden will, kann nicht erangehängt des rapid sinkenden Marktwertes sein. Einmalig wird der Erwerb einiger Stammanteile empfohlen, die dann möglichst bald einbezahlt werden sollen, während zahlungsunfähiger Mitglieder in der ratenweisen Abzahlung dieser Stammanteile möglichst weit entgegengelassen werden soll.

Denn, die mehr als einen Stammanteil übernehmenden, wird zugesichert, daß dieselben, im Falle keine Dividende zur Verteilung kommen könnte, mit 4 1/2 Proz. verzinst werden sollen, kommt aber eine Dividende zur Verteilung, dann sind alle Stammanteile gleichmäßig dividendenberechtigt. Unter Punkt drei, Verschiedenes, nahmen die Erörterungen über die Herausgabe und Verzinsung von Hausanteilscheinen zur Deutung der Auslagen des Hausverwehrs einen breiten Raum ein. Diese Hausanteilscheine werden in allernächster Zeit auszugeben und sollen laut Beschluß der Generalversammlung dann mit 5 Proz. verzinst werden. Die Aussprache über einige interne Vereinsangelegenheiten bildete den Schluß der antwortend verlaufenden Generalversammlung bis 10 Uhr, der durch den Anschluß der Vereine Altensteig und Göttingen eine erfreuliche Stärkung erfahren hat und mit seinen jetzt rund 700 Mitgliedern allmählich ein beachtenswerter Faktor im Wirtschaftleben unserer Gegend zu werden verspricht. Mit Dankesworten an alle Anwesenden schloß der Vorsitzende die bedeutungsvolle Versammlung.

**Dornstetten, 9. Juli.** (Wahlversammlung in Dornstetten.) Der mittlere Schwarzwaldgau hält sein diesjähriges Gaukonzert am 15. und 16. Juli in Dornstetten ab. Verbunden mit diesem, feiert der Turnverein Dornstetten das Fest seiner 40 jährigen Bestehens und die Einweihung der Turnhalle. Es sind bereits 600 Einzelwettkämpfer angemeldet, sowie 25 Vereinskrieger und versprechen schöne turnerische Leistungen. Die Turnhalle steht ihrer Vollendung entgegen, sie dürfte nun der Stolz der ganzen Gemeinde sein.

**Frendenshald, 10. Juli.** (Entzehrung von Bergwerkseigentum.) Das Oberbergamt hat auf Grund des würt. Berggesetzes die Einleitung des Bergwerks wegen Entzehrung des der Süddeutschen Erzbergbau-Gesellschaft zu Hallwangen gehörigen Bergwerkseigentums auf ihrem auf den Markungen Hallwangen und Dornstetten gelegenen Grubensfeld beschlossen. Das Bergwerkseigentum wurde zur Gewinnung der auf diesem Grubensfeld vorkommenden Erzminerale (Zinn, Kupfer, Nickel, Kobalt- und Silbererze) verliehen.

**Alpstedt, 7. Juli.** (Gewerbeausstellung.) Vom 19. bis 20. August wird hier eine Gewerbeausstellung, veranstaltet vom Gewerbeverein Alpstedt, stattfinden.

**Stuttgart, 10. Juli.** (III. Musikfest des Süddeutschen Musikerverbandes.) Das III. Süddeutsche Musikerverbandsfest, das am Samstag seinen Anfang nahm, hat eine große Zahl von Musikavellen aus verschiedenen Städten Süddeutschlands hier zusammengeführt, die von den festgebenden Vereinen, dem Musikverein Stuttgart und dem Musikverein Stuttgart-Göppingen, die beide ihr 25jähriges Jubiläum feiern können, vorgestern mittag am Bahnhof empfangen wurden und unter starker Märschen bei freudiger Anteilnahme der Einwohnerchaft in ihre Quartiere zogen. Am Sonntag nachmittag begann dann im Festsaal der Viehweide das Wettspielen in drei Stufen, einer niederen, einer mittleren und einer oberen Stufe. Dabei waren Läng-, Märsche und Solis vom Wettspiel ausgeschlossen; meist waren es Ouvertüren, die größtenteils auch in der Ueberragung für Blasorchester einen recht guten Eindruck machten und Zeugnis von einer eifrigen musikalischen Arbeit in den einzelnen Kapellen ablegten. Abends war in der Viehweide Festbankett.

**Würt. Landes-Theater.** Die 1. Vorstellung der nächsten Spielzeit und damit auch die erste Vorstellung der Theatergemeinde (Serie I) findet am Freitag, den 1. September statt.

**Württembergische Kunstgewerbeschule.** Die Würt. Kunstgewerbeschule zählt im laufenden Sommerhalbjahr 300 Schüler.

**Walden, 10. Juli.** (Zwischen Verleumdungen.) Der 25jährige Wirtshausknecht von Walden, der vor einigen Tagen beim Holzaufladen in Oberstetten mit dem etwa 20jährigen Dietrich vom Spielhof nach Streitigkeiten mit einem Gabelmaß schwer verletzt wurde, ist im hiesigen Bezirkskrankenhaus an seinen Verletzungen gestorben.

**Konstanz, 10. Juli.** (Geländete Zeichen.) Die bei dem Unglück auf dem Spinnadelweber bei Salem ertrunkenen Personen sind nunmehr festgestellt, da die Leichen gelandet wurden. Es handelt sich um den Gutspächter Göb, dessen 13jähriger Sohn, den Brautkonditor Schöppel aus Breisingen, sowie den 17jährigen Dienstknecht Dwe aus Reßlach.

### Vermischtes.

**Ein unbekanntes Schauspiel Nathanael.** Es ist bisher wohl kaum irgendwo bekannt, daß Walter Rathenau schriftstellerische Betätigung bereits im Jahre 1887 mit der Niederschrift eines zweiaktigen Schauspiels 'Blanche Lorraine' begonnen hat. Dieses Schauspiel im Jahre seiner Drucklegung 1887 von dem damaligen Prof. phil. Walter Rathenau in Straßburg verfaßt. Jetzt in Weiskantreich in dem gemeinschaftlichen Landhaus der Familien Trocard und Mojan ist ein in ruhigen Konversationsstimmung gehaltenes Salonstück. Das einen Konflikt zwischen den beiden genannten Familien darstellt, ohne daß es dabei gerade zu anregenden Szenen kommt. Interessant ist es, daß mit besonderer Unterbrechung Rathenau zweimal die Mode als eine demokratische Institution bezeichnet. Der Verfasser hat damals das Schauspiel in mehreren Abdrucken des Frankfurter Schauspielhauses einereicht, das ihm in besonders nahestand, da er seine Schulbildung im Bühnen-Realgymnasium zu Frankfurt am Main genossen hatte. Der dazugehörige Brief ist samt einem Exemplar des Buches auf der Frankfurter Stadtbibliothek vorhanden. Rathenau bemerkt in dem Brief worin er um Prüfung des Stückes hinsichtlich seiner Annehmbarkeit ersucht, daß es sich um seine erste im Druck erschienene Arbeit handle, daß er deshalb um Berücksichtigung bezüglich seiner Verfasserschaft bitten müsse. Es scheint, daß dieses Jugendwerk des später als Schriftsteller, Industrieller und Staatsmann so produktiven Verfassers das Schicksal vieler Paratexteinsendungen an Bühnen erlitten hat, daß es nämlich gar nicht gelesen wurde. Von dem vorhandenen Exemplar sind nur wenige Seiten aufgeschnitten, und der Brief macht den Eindruck, als ob er kaum von jemand weiter beachtet oder gelesen worden wäre.

**Das neue Schlossmuseum in Dresden.** Die seit 1918 unzugänglichen Innenräume des Schlosses sind jetzt dem Publikum geöffnet worden. Professor Kühnel, der Leiter des historischen Museums, hat die Ordnung und Neuarrangierung durchgeführt. Danach stellt sich nach der 'Kunstchronik' das Ganze wieder ungefähr so dar, wie es vor 1918 war. Es handelt sich um die Fest- und Empfangsräume im zweiten Obergeschoß. Ihre Höhepunkte finden diese 32 Räume in dem Porzellan- und in dem Chambre de lit und dem Thronsaal August des Starken. Dazwischen schließen sich Räume von sehr verschiedener Gestaltung. Einiges, wie der große Ballsaal und der große Bankettsaal, die von Wendemann ausgemalt sind, gehört ganz dem 19. Jahrhundert an, andere ist alt alte Innenarchitektur neben Eränderungen des 19. Jahrhunderts. Von den Einrichtungsgegenständen fallen besonders schöne Serien französischer Teppiche und eine Folge von Reiterzeichnungen Dresdener Arbeit auf. Brauchvolle Ausbesserungen Silberarbeiten enthält der alte Thronsaal. Unter den zahlreichen Bildern sind französische Arbeiten des 18. Jahrhunderts, unter den Möbeln manche echte Rokoko- und Louis XVI-Stühle. Japanische Lackarbeiten sind in sich mehrfach. Unter den Gemälden überwiegen ältere und neuere Bildnisse der Wettiner und mit ihnen verschwärender Fürstentümer. In vielen Räumen befinden sich Bilder italienischer, französischer und deutscher Maler des 18. Jahrhunderts, besonders solche von Stibbire und Canaletto.

**Die Zursamerung von Neuguinea.** Die holländische Forschungsarbeit in Neuguinea, die bei Beginn des Weltkrieges abgebrochen wurde, ist jetzt wieder in Angriff genommen worden, und hat sofort zu einem glänzenden Erfolge geführt. Oberst Kremer hat den 4750 Meter hohen schneebedeckten Wilhelmshöhe-Gipfel bestiegen, und zwar von Norden her vom Flusse Mamberamo aus. Da der Gipfel von Süden her, vom Sorensenfluß aus, bereits im Februar 1913 von Kapitän A. Francken Herderschee erreicht worden ist, so ist die Insel, an verschiedenen Stellen bereits durchquert, jetzt auch an einer weiteren Stelle durchschritten worden. Kremer hat, wie Petermanns Mitteilungen berichten, die Hauptkette über einen 4100 Meter hohen Berg überhiegen, das Bergelände hat er zum Teil gut beobachtet gefunden.

**Ein Schädlings der Kaffeepflanze.** Der Kaffeepflanzenkäfer, der die Kaffeepflanze in Niederländisch-Indien, und es ist bisher nicht gelungen, wirksame Mittel zu seiner Bekämpfung zu finden. Nunmehr ist ein deutscher Gelehrter mit der Aufgabe betraut worden, den gefährlichen Käfer unschädlich zu machen. Es handelt sich um den früheren Kolonialbeamten in Samoa, Privatdozenten für angewandte Zoologie an der Universität Kōbe, Dr. A. Friederichs, der unter gleichzeitiger Ernennung zum außerordentlichen Professor für mehrere Jahre nach Niederländisch-Indien beurlaubt wurde. Als Arbeitsstätte ist ihm die Versuchsanstalt in Malang auf der Insel Java angewiesen worden.

### Wetter.

**Für Mittwoch:** Der Luftwirbel im Norden zieht nordostwärts über Skandinavien ab. Ueber Frankreich, Deutschland und Polen befindet sich ein Well hoher Druck. Störungen werden bei warmer bis schwächer Temperatur wechselnde Bewölkung und vereinzelte gewitterartige Niederschläge veranlassen.

### Handel und Verkehr.

**Dollar Kurs am 10. Juli 327.83 Mark.**

**Der amtliche Goldankaufspreis.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 10. bis 17. Juli d. J. zum Preise von 1700 Mk. für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Reichsilbermünzen bis auf weiteres zum 40fachen Betrage des Nennwertes.

**Stuttgarter Börse.** Ueber den Sonntag sind bei den Banken eine solche Menge von Kaufaufträgen eingegangen, daß an der heutigen Börse für die Aktien jeder Preis bezahlt worden ist. Kurssteigerungen von über 200 Proz. waren keine Seltenheit. Es ist übrigens verständlich, wenn man den Wert der Aktien vergleicht mit dem andauernden hohen Stand des Dollarkurs, welcher nach Ansicht von Berliner Großfinanziers in dieser Woche noch weiter steigen wird.

**Landesproduktionsbörse Stuttgart, 10. Juli.** Durch die erneute starke Entwertung unseres Geldes sind alle Artikel weiter im Preise gestiegen: Händler und Mäler bekunden große Zurückhaltung. Mit dem Schnitt der Wintergerste wurde in voriger Woche begonnen. Die heute notierten Preise sind nur als nominell zu betrachten. Wir notierten per 100 Allogr. ab Wert Stationen: Weizen würt., je nach Lieferzeit 2400 bis 2450 Mk., Hafer 2000—2050 Mk., Weizenmehl Nr. 0 3500—3550 Mk., Brotmehl 3200—3250 Mk., Kleie 1300 Mark.

**Stuttgart, 10. Juli.** (Hörmarkt.) Die Zufuhr auf dem hiesigen Obstgroßmarkt nimmt zu. Neben Äpfeln kommen jetzt auch Heidelbeeren und Johannisbeeren in größeren Mengen. In Stachelbeeren bleibt infolge geringer Ernte die Zufuhr bescheiden. Die ersten Glasbirnen und die ersten weißen Alara-Äpfel erzielten Preise von 12—15 Mk. für die ersten Arealandpfirsiche wurden 25—30 Mk. per Pfund bezahlt. Auf Grund der neuen Verfügung der Stadtverwaltung, daß auf dem Großmarkt der Einkauf von Obst durch den Großhandel zum Zweck der Verarbeitung und zum Versand nach auswärts vor 9 Uhr nicht zulässig ist, konnte heute die Kontrolle wirksam einsetzen. Die Ueberführung beim Einkauf macht besserer Ueberlegung Platz. Der Gemüsemarkt hat sehr reichliche, stetig teilweise abwärts neigend. Im Kleinhandel wurden bezahlt für Gartenerdbeeren und Himbeeren 20—27 Mk., für Stachelbeeren 11—16, Johannisbeeren 11—15 Mk., Heidelbeeren 16—18 Mk., Säuerliche 8.50—14, Äpfel, Weißeln 9—12 Mk., Kartoffeln 1.80—2 Mk. pro Sack. Kopfsalat 1.20—1.60 Mk. pro Stück, Blumenkohl 7.50 bis 28 Mk., Kopfkohl 1.20—2.50 Mk. pro Stück.

### Letzte Nachrichten.

**Die Wiederbesetzung des letzten Stückes von Denisch-Oberschlesien.**

**WTB. Dypeln, 10. Juli.** Heute fand die Wiederbesetzung des letzten Stückes der wieder an Deutschland fallenden ober-schlesischen Erde durch deutsches Militär ihren feierlichen Abschluß. Der preussische Minister des Innern, Seevering, führte beim Festhalten u. a. aus: Was wir erlangen haben, ist ein Preis auf den völkerrühmlichen Grundlag vom Selbstbestimmungsrecht. Ich danke allen denen, die in den letzten schweren Tagen still und beschiden, ausdauernd und beharrlich ihre Pflicht getan haben. — Mit einer Parade über die aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie zusammengesetzte Reichswehr endete die eindrucksvolle Feier auf dem Ring.

**Der Amnestiegesetz für politische Vergehen vom Rechtsausschuß angenommen.**

**WTB. Berlin, 10. Juli.** Der Rechtsausschuß des Reichstags nahm heute die Regierungsvorlage betreffend eine Amnestie für politische Vergehen an. Ein weitergehender sozialdemokratischer Antrag wurde abgelehnt. In der Beratung betonte Reichsminister Gildner, daß die Amnestie auf die Befestigten an dem Februarstreik der Eisenbahnbeamten keine Anwendung finden könne.

### Die sozialdemokr. Reichstagsfraktion.

**WTB. Berlin, 10. Juli.** Heute nachmittag tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen, um über die gesamtpolitische Lage zu beraten. Bei dieser Gelegenheit betont der 'Vorwärts' aufs neue, daß nur durch eine Reichstagsauflösung seiner Meinung nach ein Ausweg aus der verworrenen Lage zu erwarten sei.

### Ein neuer Friedensvertrag.

**WTB. London, 10. Juli.** 'Daily Express' erklärt, daß an Stelle des Versailler Vertrages ein neuer Friedensvertrag geschlossen werde. Das Blatt hofft, daß Präsident Harding nach den Novemberwahlen die Signatarmächte des Versailler Vertrages zu einer Konferenz nach Washington einladen werde, um einen neuen Vertrag abzuschließen.

### Reine amerik. Hilfe.

**WTB. London, 10. Juli.** Der Washingtoner Berichterstatter der Morningpost erklärt, er höre von zuverlässiger Seite, ein Eingreifen der amerikanischen Regierung anlässlich der deutschen Krise sei unmöglich. Das einzig mögliche sei der private Brückenschlag.

**WTB. London, 10. Juli.** Westminster Gazette meldet aus New-York, es könne auf Grund zuverlässiger Informationen gesagt werden, daß, wenn die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Reparationszahlungen nicht in der Weise geändert würde, daß Deutschland Sicherheiten für eine ausländische Anleihe bieten könne, die Verstaaten kein Geld mehr geben würden.

### Aus Irland.

**WTB. London, 11. Juli.** Aus Belfast wird gemeldet: Die irischen Irregulären haben fünf Eisenbahnbrücken in die Luft gesprengt. Dadurch ist die Bahnverbindung Belfast-Dublin unterbrochen.

**Text und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Alle die Geschäftsleitung verantwortlich: Ludwig Baum.**





### Ämtliche Bekanntmachungen.

Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Essingen ist der Zutritt von Händlern aus dem Oberamt Nagold, sowie von Personen aus Essingen auf dem am 12. Juli d. J. in Calw stattfindenden Markte strengstens verboten.

Nagold, den 10. Juli 1922. Oberamt: N a g o l d.

### Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Anmeldungen der Kraftfahrzeuge und Probefahrtenzeichen zum Zwecke der Besteuerung.

Nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 8. April 1922 sind mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab auch die bisher steuerfreien Kraftfahrzeuge, insbesondere also Kraftbroschets, Kraftomnibusse und Lastkraftwagen, sowie die Probefahrtenzeichen zu versteuern.

Ferner sind nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes auch die Eigentümer bereits versteuerten Kraftfahrzeuge zur Lösung einer neuen Steuerkarte verpflichtet, wenn die laufende Steuerkarte nach dem 31. Oktober 1921 gelöst worden ist.

Die hiernach steuerpflichtigen Kraftfahrzeugbesitzer und Inhaber von Probefahrtenzeichen sind zur Anmeldung ihrer Kraftfahrzeuge und Probefahrtenzeichen bei dem unterzeichneten Finanzamt verpflichtet. Das Finanzamt wird die Steuerpflichtigen, soweit sie ihm bekannt sind, demnächst zur Anmeldung unter gleichzeitiger Uebersendung von Vorbrücken auffordern. Der Steuerpflichtige ist zur Anmeldung auch dann verpflichtet, wenn ihm eine besondere Aufforderung oder ein Vorbruck nicht innerhalb 4 Wochen zugefandt worden ist.

Altensteig, den 10. Juli 1922.

Finanzamt:

Regierungsrat Hiller W. J.

Ihre Vermählung geben bekannt:  
**Hugo Stokinger, Landmesser**  
**Marie Stokinger**  
 geb. Schwarzmaier  
 Wildberg 11. Juli 1922 Bernack  
 Altensteig

Der Bezirkswirtsverein Nagold hat den Preis für ein Mittagessen am Kosttisch auf 35 Mk. festgesetzt, mit sofortiger Wirkung.

### Mostsubstanzen

besonders solche, welche mit Heidel- oder Johannisbeeren verarbeitet einen sehr guten **Beerenwein** ergeben, empfiehlt, sowie Backer hierzu **Schwarzwald-Drogerie Altensteig** und Filiale Simmersfeld

### Inserate

haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ jederzeit den besten Erfolg.

Epielberg.

### Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

**Christine Ropp Witwe**

für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers, den Gesang des Jungfrauenchores und für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte danken herzlich

die trauernden Kinder.

Altensteig.

### Zur Saat!

Saatsamen  
 Chymotegras  
 Grasmischung  
 Ewigen Klee  
 Futter-Erbson  
 Feldrübs-Samen  
 etc etc.

gute Qualitäten preiswert bei

Fritz Bühler jr.

Roch- und Vieh-Salz

nach zu billigen Preisen bei Obigem.

Egenhausen.

Kunsthonig

ist wieder zu haben bei

J. Kallenbach.

### Für die Einmachzeit

empfiehlt

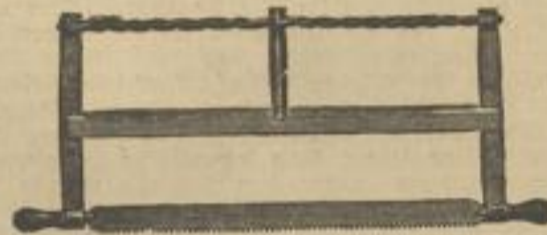
Salizyl-Bergament u. la Bergamentpapier

in Rollen und Bogen die

W. Rieker'sche Buchhandlung

Altensteig.

Altensteig.



Handsägen mit Gestell  
 Sägenblätter  
 Handbelle mit Stiel  
 Waldbelle  
 Scheidkelle  
 Waldsägen  
 Kreissägen  
 Bandsägen  
 Schränkzangen  
 Sägefeilen  
 für alle Sorten Sägen empfiehlt

Karl Henssler sen., Eisenwarenhandlung.

### Zur Anfertigung von

### Druckarbeiten

hält sich bei schnellster Bedienung bestens empfohlen die

W. Rieker'sche Buchdruckerei  
 Inh. L. Lauk  
 — Altensteig. —

Gemeinde Bergorte Oberamt Calw.



### Nadelstammholzverkauf

im schriftlichen Aufstreich

am Samstag den 15. Juli 1922, nachm. 1 Uhr auf dem Rathaus in Michelberg:

Los Nr. 1, Distr. I Weistern, Abt. 3  
 Langholz Fstn.: 15,19 II., 41,93 III., 28,03 IV., 14,14 V., 1,44 VI. Klasse  
 Sägholz „ 2,45 I., 4,81 II., 2,72 III. Klasse

Los Nr. 2, Distr. I Weistern, Abt. 3  
 Langholz Fstn.: 16,31 I., 28,85 II., 49,47 III., 22,52 IV., 13,59 V., 0,20 VI. Klasse  
 Sägholz „ 7,97 I., 13,85 II., 2,92 III. Klasse.

Bedingungslos, schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose sind, in Prozenten des Forstpreises für 1922 ausgedrückt, bis spätestens

Samstag den 15. Juli 1922, nachm. 1 Uhr, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der Angebote stat. findet, bei dem Schultheißenamt einzureichen. Auskunft erteilt Waldschätz Federmann hier.

Gemeinderat.

Altensteig-Stadt.

### Bergebung.

#### I. Lieferung von 80 cbm Kalksteinen

zur Besotterung der Pflanzsteige. Die Angebote sind je cbm und zwar

1. für Lieferung von 80 cbm Kalksteine an die Verbrauchsstellen
2. für Kleinschlagen derselben
3. für Lieferung von 80 cbm Kalksteinkleinschlag von 4-7 cm Durchmesser an die Verbrauchsstellen abzugeben und bis Dienstag, den 18. d. M., mittags 12 Uhr hier einzureichen.

#### II. Umbau der Schutzhütte bei der Hochdorfer Saatschule.

Die Angebote sind für das Abbrechen, Anfuhr des Materials zur Baustelle im Jagwald und völligen Wiederaufbau in einer Summe abzugeben und ebenfalls bis zum 18. d. M., mittags 12 Uhr hier einzureichen.

Die Öffnung aller Angebote erfolgt am genannten Tage, nachmittags 4 Uhr im Rathaus.

Den 10. 7. 22.

Städt. Forstverwaltung.

Gemeinde Bergorte  
 Oberamt Calw.

### Holzverkauf.

Am Samstag den 15. Juli 1922, nachmittags 3 Uhr, kommen auf dem Rathaus in Michelberg im öffentlichen Aufstreich folgende Hölzer in verschiedenen Losen aus der Waldabteilung Distrikt I Abt. 3 u. 6 zum Verkauf:

- 47 Am Koller
- 16 „ Prügel
- 74 „ Anbruch (tannen)
- 2 „ „ (eichen).

Gemeinderat.



### KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für jedermann einen billigen und guten

Lesestoff

Belehrend — Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahrsbeitrag von

Mk. 37.50 mit broch. und Mk. 50. — mit geb. Buchbelegungen

jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und vier gute Bücher erster Schriftsteller

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos — Probeheft 50 Pfg.

